

WHITE-PAPER

**EIN NEUES
FUNDAMENT
FÜR DIE
MÜNCHNER
GRÜNEN**

Vorschlags- und Diskussionspapier der Strukturkommission
und des Vorstands zur Strukturreform des Kreisverbandes
München-Stadt

Inhaltsverzeichnis

Präambel	3
Ortsverbände stärken	4
Arbeitskreise einbinden	5
Stadtparteitage neu denken	6
Arbeitsbedingungen für Vorstand und Geschäftsstelle verbessern	8
Vielfalt fördern, Vielfalt abbilden	9
Schlusswort	10

Präambel

Wir Münchner Grüne sind eine basisdemokratische Mitmachpartei. Zudem sind wir Münchens stärkste politische Kraft und tragen zunehmend Verantwortung. Immer mehr Menschen schließen sich uns an und wollen sich in unseren Strukturen politisch einbringen. Das ist eine große Chance, unsere politische Schlagkraft nachhaltig zu stärken und noch attraktiver zu werden, um möglichst vielen Menschen zu ermöglichen, sich bei uns politisch zu organisieren. Um so partizipativ und so wirksam und handlungsfähig wie möglich zu sein, wollen wir unsere verschiedenen Ebenen neu organisieren und verbessern.

Damit unsere politischen Grundsätze und unsere Grüne DNA uns dabei leiten können, immer neue und auch immer größere Herausforderungen gemeinsam zu meistern, müssen wir unsere Strukturen reflektieren und bewusst weiterentwickeln. Das wollen wir mit diesem Strukturprozess gemeinsam tun.

Es ist unser Ziel, möglichst viele unserer politischen Gestaltungsansprüche gemeinsam mit unseren Mitgliedern politisch umzusetzen und München sozialer, ökologischer und partizipativer zu gestalten. Dabei wollen wir die vielfältigen Talente, Interessen, die unterschiedlichen Zeitressourcen und Perspektiven unserer Mitglieder möglichst gut einbinden. Wir brauchen Strukturen, die unseren Mitgliedern und Interessierten ermöglichen, sich aktiv einzubringen, sich weiterzubilden und politische Selbstwirksamkeit zu erfahren.

Der Vorschlag zur Weiterentwicklung unserer Strukturen wurde im Rahmen des Strukturprozesses von Strukturkommission und Stadtvorstand erarbeitet. Diesem White-Paper geht eine Analyse der derzeitigen Strukturen, die Betrachtung der Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken, denen wir als Partei entgegenblicken, die Erarbeitung erster Vorschläge von Seiten der Strukturkommission und der Basisworkshop im Oktober voraus. Die in diesem Basis-Workshop mit etwa 70 Teilnehmenden erarbeiteten Ideen wurden zusammen von Strukturkommission und Stadtvorstand mit ihren Ideen ergänzt und zu diesem Vorschlag zusammengefügt.

Dieser Vorschlag stellt ein Diskussionspapier dar – es ist noch kein Endprodukt! Allen beteiligten Gremien und allen Mitgliedern soll jetzt die Möglichkeit zu Feedback gegeben werden, und auf dieser Grundlage weitere Verbesserungsvorschläge einzubringen – sodass wir am Ende Arbeitsstrukturen finden, die in der Praxis gut funktionieren.

Ortsverbände stärken

Unsere Ortsverbände sind nicht nur die ersten Anlaufstellen in unserer Partei, sie leisten auch einen großen Teil der politischen Arbeit. Wir können als Kreisverband nur dann unsere volle politische Kraft entfalten, wenn auch die Ortsverbände effizient und gut funktionieren. Deshalb wollen wir sie in ihrer eigenständigen Arbeit unterstützen und fördern.

Neben klaren Ansprechpersonen in der Geschäftsstelle wird der Kreisverband in Absprache mit den OVEN Schulungs-, Weiter- und Fortbildungsangebote für Ortsvorstandsmitglieder erarbeiten und durchführen. Näheres zu diesen Angeboten findet sich im **Bildungskonzept**. Das Bildungskonzept wird zusammen mit diesem White-Paper in einer weiteren Beteiligungsschleife diskutiert.

Auch soll von Seiten des Kreisverbandes mit Handreichungen und Muster-Vorschlägen bspw. für Satzungen unterstützt werden. Durch die Handreichungen soll ein erweitertes **Wissens-Management** gefördert werden, auf das (neue) Mitglieder im Ortsvorstand jederzeit zugreifen und Feedback geben können. Damit gewährleisten wir einen gemeinsamen Standard der Arbeit in den Ortsvorständen und unterstützen diese bei Ihrer politischen und organisatorischen Arbeit.

Ortsverbände mit einer geringeren Anzahl an Mitgliedern sollen beim Aufbau von Strukturen und in ihrer politischen Arbeit vom Kreisverband deutlich stärker durch Beratung, Organisation und auch finanziell unterstützt werden.

Viele Themen finden nicht nur im Bereich eines einzelnen Ortsverbandes statt, sondern über die Grenzen eines OV hinaus. Wir wollen durch **regionale Vernetzungsangebote** zwischen den Ortsverbänden stadtviertelübergreifende Gespräche und Debatten fördern. So soll es Regionalkonferenzen zu speziellen Themen vor Ort mit den betroffenen Ortsverbänden geben. Diese Regionalkonferenzen sollen inhaltliche Vorschläge zu regionalen Themen erarbeiten, die die betroffenen OVE dann als Anträge an den Stadtparteitag stellen können. Sie sollen weiter mindestens zwei Mal im Jahr themen- und anlassbezogen stattfinden, wobei über die genaue Ausrichtung das Ortsverbandsvorstands-Treffen (OVV) zu entscheiden hat. Sie sollen von Seiten des Kreisverbandes gemeinsam mit dem OVV organisiert werden. Bei Bedarf sollte auch die Zusammenarbeit mit den angrenzenden OVs des KV München Land unterstützt werden. Damit möchten wir eine engere und themenbezogene Vernetzung zwischen den Ortsverbänden gewährleisten.

Wir wachsen immer weiter. Um dieses Wachstum gut organisieren zu können und die neuen Mitglieder schnell und gut in unsere Partei einzubinden, wollen wir die bisherigen **Pat*innen-Programme** in den Ortsverbänden stärken. In Kooperation mit dem Ortsverbandsvorstände-Treffen und unserem Bildungsreferenten wollen wir Pat*innen-Schulungen und ein einheitliches Konzept für die Programme in allen Ortsverbänden erarbeiten.

Das **Ortsverbandsvorstände-Treffen (OVV)** soll auch auf neue Füße gestellt werden. So wollen wir von einem Gremium, das bisher hauptsächlich für den Informationsaustausch

genutzt wird, hin zu einem Gremium, in dem Weiterbildung stattfindet, gemeinsam Strategien debattiert und erarbeitet werden und bei dem ebenso informelle Vernetzung unter OV-Vorstandsmitgliedern eine große Rolle spielt. Für den Informationsaustausch wird ein monatlicher Info-Newsletter auf OVV-Ebene eingeführt.

Um die Arbeit der Ortsvorstände und die Arbeit des Kreisverbandes noch besser aneinander rückzukoppeln, soll es **monatlich** eine **Informations-Update-Mail** von Stadtvorstand und Geschäftsstelle geben, in dem konkrete Infos zur gemeinsamen Arbeit und Unterstützungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Damit haben alle Ortsvorstände die Möglichkeit sich über die laufenden Prozesse und Beschlüsse der anderen Ortsverbände auf dem Laufenden zu halten.

Weiter soll es einmal im Jahr eine **OVV-Klausur** geben. Dort sollen mittel- und langfristige Konzepte von den Ortsverbänden, dem Stadtvorstand und der Grünen Jugend München erarbeitet werden, mit dem Ziel eine gemeinsame strategische Ausrichtung für starke Grüne in ganz München zu erarbeiten. Außerdem wollen wir dort gemeinsame Strategien und Projekte weiterentwickeln und es sollen Workshops zur Weiterbildung stattfinden.

Arbeitskreise einbinden

In unseren Arbeitskreisen liegen viel Wissen und Fachkompetenz. Sie sind die Herzkammer unserer inhaltlichen Arbeit und der Weiterentwicklung unserer politischen Positionen. Auch schaffen Arbeitskreise Diskussionsräume über bestimmte Fachthemen in kleinerem Kreise und damit eine eigene Art der Mitgliedereinbindung. Sie sind essentiell dafür, politische Teilhabe zu ermöglichen und kommunalpolitischen Input zu generieren. Deshalb wollen wir sie intensiv fördern und noch stärker in unsere Strukturen zur Positionsfindung einbinden.

Wir beobachten, dass viele Arbeitskreise sich durch regelmäßige Treffen, Veranstaltungen und Beiträge an der Arbeit des Kreisverbandes beteiligen. Das ist großartig und bereichert die politische Arbeit des Kreisverbandes. Leider sind aber auch mehrere Arbeitskreise eingeschlafen, bzw. leisten keine politische Arbeit. Wir wollen, dass der Stadtparteitag einmal im Jahr über die Arbeit eines Arbeitskreises informiert wird und diese auch ganz konkret finanziell unterstützt wird. Alle Arbeitskreise sollen jährlich mittels eines einfachen schriftlichen **Jahresberichtes** über die Aktivität im vergangenen Jahr informieren. Weiterhin soll allen AKen die finanzielle Grundausstattung ermöglicht werden. Damit Engagement gefördert wird, möchten wir eine besondere finanzielle **Bezuschussung für aktive Arbeitskreise** auf Grundlage des Jahresberichtes ermöglichen. Der Jahresbericht soll weiter auch die Grundlage dafür sein, einen Arbeitskreis jährlich wieder anzuerkennen.

Damit können ruhende Arbeitskreise mit thematisch passenden zusammengelegt oder auch aufgelöst werden – wenn keine Aktivität stattgefunden hat, bzw. in Planung ist.

Bei **Gründungen von Arbeitskreisen** soll dem Stadtparteitag die Möglichkeit gegeben werden, einzuschätzen, wie viele Menschen sich darin engagieren wollen. Daher wollen wir als Bedingung für die Gründung eines Arbeitskreises eine Mindestanzahl an zehn Mitgliedern einführen, die sich zur Mitarbeit bereit erklären. Diese Willenserklärungen sollen verpflichtend für die Anerkennung eines AKs sein.

Die **Freiheit der Themenfindung** in den Arbeitskreisen wollen wir weiter aufrechterhalten. Sie sollen dem Kreisverband und der Stadtratsfraktion fachlich zuarbeiten. Beim Arbeitsprogramm der Partei sollen sie intensiv eingebunden werden.

Wir legen einen hohen Wert auf die enge Zusammenarbeit der Arbeitskreise mit Fraktionsmitgliedern des Stadtrats und der Bezirksausschüsse. Hier haben wir den ausdrücklichen Wunsch nach **Vernetzung** und Teilnahme aus der **Stadtratsfraktion**. Wir wollen die Fraktion dazu ermuntern, gemeinsam mit den Arbeitskreisen Konzepte für die kommunale Ebene zu erarbeiten, die unsere politischen Positionen festhalten und weiterentwickeln.

Weiter sollen bei den neu geplanten Themenparteitagen (siehe „Stadtparteitage neu denken“) die thematisch zuständigen Arbeitskreise vorbereitend mit tätig werden. Dazu gehören beispielsweise Antrags-(vorbereitende) Diskussionen, aber auch inhaltlicher Input für den jeweiligen Parteitag.

Um die Vernetzung der Arbeitskreise zu verbessern und zu fördern, soll ein **AK-Sprecher*innen-Rat** gegründet werden, um Abläufe und AK-Strukturen zu evaluieren und zu verbessern wo nötig. Hier sollen auch mittel- und langfristige strategische Absprachen zu den zu bearbeitenden politischen Themen getroffen werden.

Stadtparteitage neu denken

Die Stadtparteitage sind unser höchstes beschlussfassendes Gremium. Jedes Mitglied hat hier die Möglichkeit, bei den Leitlinien unserer Partei mitzureden und mitzubestimmen. Dieses Element wollen wir aufrechterhalten und weiter ausbauen. Gleichzeitig haben uns in den letzten zwei Jahren unsere immer größer und länger werdenden Stadtparteitage vor große finanzielle Herausforderungen gestellt, die wir so nicht stemmen können. Daher wollen wir Lösungen finden, die sowohl dem Wunsch nach wirklicher inhaltlicher Beteiligung, aber auch der Notwendigkeit der Kostenersparnis nachkommen.

Wir wollen mehr Raum für attraktive und zielgerichtete inhaltliche Debatten für alle Mitglieder schaffen. Die **organisatorischen Pflichtaufgaben** sollen auf einen **eintägigen Stadtparteitag** im Jahr konzentriert werden. Hier sollen Vorstands- und Delegiertenwahlen stattfinden und das jährliche Arbeits- und Bildungsprogramm, also die inhaltlichen Schwerpunktthemen und die Leitlinien für das kommende Jahr diskutiert und beschlossen werden.

Die weiteren drei Versammlungen sollen **abendliche Debattenparteitage** zu konkreten Themen sein. Hier wollen wir mit Bildungsangeboten und Diskussionsformaten zusammen mit den betroffenen Arbeitskreisen und Ortsverbänden eine umfassendere inhaltliche Debatte und Beschlussfindung ermöglichen. Insgesamt bleibt die Anzahl der Parteitage bei mindestens vier pro Jahr bestehen.

Die **Delegiertenwahlen** sollen einmal im Jahr für die Zeit bis zum nächsten Stadtparteitag stattfinden. Jeder Ortsverband erhält weiterhin das Vorschlagsrecht für je ein*e Delegierte*n zu Landesdelegiertenkonferenzen. In den meisten Jahren ist auch bisher nur eine Delegiertenwahl pro Jahr notwendig gewesen, da Bezirks-, Landes- und Bundesparteitage, sowie Kleiner Parteitag in Jahren ohne eine den Verband betreffende politische Wahl nur einmal jährlich stattfinden. Hierbei soll mit einer entsprechend großen Anzahl an Ersatzdelegierten geplant werden, damit eventuelle Ausfälle abgedeckt werden können.

Delegierte für Bezirksversammlungen werden gemäß dem Delegiertenschlüssel im Rahmen eines erweiterten Vorschlagsrechts in den OVEN gewählt. Eine Bestätigung und Wahl der Auffüllplätze finden auf dem jährlich stattfindenden Stadtparteitag statt.

Damit auf allen Parteitag eine gute und ausführliche inhaltliche Diskussion stattfinden kann, wollen wir den Ortsverbänden und Arbeitskreisen die Möglichkeit geben, **Anträge vorbereitend zu diskutieren** sowie Änderungsanträge zu schreiben und einzureichen. Weiter soll es vor den betreffenden Versammlungen Antragssteller*innen-Treffen geben, bei denen über (modifizierte) Übernahmen und die Wahl des Verfahrens für die Antragsbearbeitung auf dem Parteitag diskutiert werden kann. Damit beide Punkte in ausreichender Weise stattfinden können, wollen wir die **Antragsfrist** auf vier Wochen anheben. Die Ladungsfrist für Stadtparteitage wird dementsprechend auf sechs Wochen angepasst. Die Möglichkeit zu Initiativanträgen bleibt davon unberührt.

Durch unser starkes Wachstum ist auch die Zahl der an die Parteitage gestellten Anträge deutlich gestiegen. Da aus zeitlichen Gründen nicht alle Anträge auf dem Parteitag behandelt werden können, schlagen wir ein formal verankertes digitales **Antragsranking** vor. Hierbei soll vor Beginn der Behandlung der Anträge von der Versammlung bestimmt werden, welche Anträge inhaltlich debattiert und abgestimmt werden sollen. Dafür schlagen wir ein **Quorum** von 25% vor: Anträge, die beim Ranking unter 25% der abgegebenen Stimmen erhalten, gelten als „Nicht zu befassen“. Anträge, die über 25% erhalten, aber von der Versammlung aus zeitlichen Gründen nicht behandelt werden können, sollen an den Vorstand verwiesen werden, wenn der*die Antragssteller*in damit einverstanden ist. Damit schaffen wir ein transparentes und basisdemokratisches Verfahren, wie wir mit der sehr hohen Anzahl an Anträgen umgehen.

Damit die **Versammlungsleitung professionalisiert** werden kann, und eine gleichbleibend gute Moderation der Parteitage gewährleistet ist, soll das Präsidium einmal pro Jahr gewählt werden. Dieser Pool aus 8 Mitgliedern soll – soweit benötigt – Moderationsschulungen erhalten und die viermal jährlich stattfindenden Parteitage moderieren.

Eine erneute Abstimmung auf den jeweiligen Parteitag ist somit nicht mehr nötig. Zudem soll das Präsidium bereits vor der Versammlung den Kontakt zwischen Antrags- und Änderungsantragssteller*innen herstellen, sodass eine Einigung zum Verfahren getroffen werden. Vor Programmaufstellungen soll eine eigens dafür beschlossene Antragskommission eingesetzt werden.

Arbeitsbedingungen für Vorstand und Geschäftsstelle verbessern

Unser Vorstand kümmert sich um das politische Tagesgeschäft, gibt politische Impulse und vertritt uns nach außen. Damit wir unserer Verantwortung als stärkste Rathauspartei gerecht werden, brauchen wir einen Vorstand, bei dem Zuständigkeiten klar und dessen Arbeitsweisen attraktiv sind.

Wir wollen einen schlanken Vorstand mit sechs bis sieben Mitgliedern. Die Abbildung von Vielfalt ist uns wichtig und diese Repräsentanz haben wir mit dem Vielfaltsprozess im Blick.

Wir wollen eine **Struktur angelehnt an den Bundesvorstand**: Zwei gleichberechtigte Vorsitzende, eine politische Geschäftsführung, eine*n Schatzmeister*in und zwei bis drei stellvertretende Vorsitzende – um die Repräsentationsmöglichkeiten des Kreisverbandes nach außen und flache Hierarchien im Vorstand zu stärken.

Die Hauptverantwortung für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nach außen soll dabei weiterhin bei den beiden Vorsitzenden liegen. Durch die Einführung der stellvertretenden Vorsitzenden soll für diese ein höherer Vertretungsanspruch gewährleistet werden. Ihre Aufgaben sind aber schwerpunktmäßig nach innen ausgerichtet und ihnen kommt im Vorstand eine Supervisionsrolle zu. Die politische Geschäftsführung soll für den Vorstand die Zuständigkeit für das Personal im Stadtbüro übernehmen und die Ausarbeitung von strategischen und organisatorischen Leitlinien in Zusammenarbeit mit den weiteren Vorstandsmitgliedern ausschlaggebend gestalten. Der*die Schatzmeister*in soll weiterhin hauptzuständig für die Parteifinzen sein.

Vorstandsarbeit erfordert sehr viel Zeit für Koordination, daher ist unser Vorschlag, für Vorsitzende, und politische Geschäftsführung je eine **halbe Stelle** mit analoger Bezahlung zum Stadtrat zu schaffen. Eine bessere Entlohnung der weiteren Vorstandsmitglieder durch eine **Aufwandsentschädigung** ist ebenfalls angedacht. Damit mildern wir ökonomische Zwänge jenseits der Vorstandsarbeit und schaffen für mehr Mitglieder die Möglichkeit, im Vorstand tätig zu werden und Zeit flexibler in die Vorstandsarbeit zu investieren.

Unsere Partei hat sich binnen kurzer Zeit nicht nur in ihrer Mitgliedschaft vervielfacht. Auch unsere **Geschäftsstelle** ist von zwei auf neun Personen gewachsen. Es gibt neustens bereits für alle Gremien und Ortsverbände **Zuständigkeiten** innerhalb der Ge-

schäftsstelle, die klar und eindeutig kommuniziert werden. Dadurch sollen redundante Anfragen und Bearbeitungszeiten reduziert werden. Auch wird es damit den Ortsverbänden und Arbeitskreisen noch besser ermöglicht, die Unterstützungsangebote und Dienstleistungen der Stadtgeschäftsstelle wahrzunehmen. Es wird dabei auf eine respektvolle und wertschätzende **Zusammenarbeit von Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen** auf Augenhöhe geachtet.

Vielfalt fördern, Vielfalt abbilden

Es ist unser Anspruch, dass bei uns alle Menschen, die unsere Werte und Ziele teilen, die Möglichkeit haben, sich gleichberechtigt einzubringen, ihre Interessen zu vertreten und ihre Themen zu repräsentieren – ohne Barrieren, Hürden oder Vorurteile. Doch nicht alle haben in unserer Gesellschaft die gleichen Chancen und Möglichkeiten zur politischen Teilhabe und auch in unseren eigenen Strukturen werden wir diesem Anspruch noch nicht gerecht. Außerdem sind wir auf vielfältiges biographisches Erfahrungswissen und vielfältige Perspektiven aus der ganzen Breite der Gesellschaft angewiesen, um als Partei umfassende Antworten auf Fragen zu finden, die uns als gesamte Gesellschaft betreffen. Deshalb wollen wir mit diesem Strukturprozess auch Vorschläge vorlegen, um Barrieren zu identifizieren, Hürden abzubauen und Diskriminierungen zu überwinden und so den **Zugang zu gleichberechtigter politischer Teilhabe gewährleisten**. Gleichzeitig arbeitet jedoch bereits die AG Vielfalt auf Bundes- und Landesebene, die in der nächsten Zeit konkrete Vorschläge für Kreisverbände erarbeiten wird. Wir brauchen und wollen daher in München nicht das Rad neu erfinden und wollen daher diese Vorschläge abwarten und anschließend umsetzen.

Die gleichberechtigte Repräsentation von gesellschaftlich diskriminierten oder benachteiligten Gruppen mindestens gemäß ihrem gesellschaftlichen Anteil ist unser Ziel.

Konkret wollen wir daher vorschlagen, dass der Kreisvorstand einmal im Jahr eine **Mitgliederumfrage** durchführt, die die Bedarfe und Probleme beim Engagement in unserer Partei **anonymisiert** abfragt. So sollen Barrieren für die politische Partizipation systematisch erfasst werden, um passgenaue Antworten zum Abbau dieser Barrieren zu entwickeln.

Damit diese Antworten gemeinsam und mit Supervision durch Personen, die von Diskriminierungsstrukturen betroffen sind, erarbeitet werden können, lädt der Vorstand mindestens einmal pro Jahr zu Treffen ein, um die Analyse und die Schlussfolgerungen aus der Erhebung mit interessierten Mitgliedern und Arbeitskreisen zu debattieren.

Darüber hinaus soll je eine **Ansprechperson bzw. Verantwortlichkeit für Diversität in den Strukturen** jeweils **in Vorstand und Geschäftsstelle** benannt werden, um das Thema strukturell und auf der Ebene der politischen Führung zu verankern. Die*der Verantwortliche in der Geschäftsstelle soll auch zu Nachfragen oder Problemen kontaktiert werden können, falls möglich auch über ein anonymisiertes Webformular auf der Homepage.

Über diese Verankerung sollen auch von Vorstand und Geschäftsstelle Arbeitskreise und Ortsverbände beim Organisieren von möglichst barrierefreien Veranstaltungen unterstützt werden.

Bei der Planung von Veranstaltungen und der Auswahl unserer inhaltlichen politischen Prioritäten und in der Öffentlichkeitsarbeit ist darauf zu achten, dass wir an unterschiedliche Lebenswirklichkeiten anknüpfen und Menschen mit vielfältigen Perspektiven angesprochen werden. Die Vernetzung von Minderheiten in der Partei zu ermöglichen, ist Aufgabe des KV-Vorstandes.

Um eine Teilhabe aller Mitglieder zu gewährleisten wollen wir auf eine Barrierefreiheit bei unseren Veranstaltungen achten. Kein Mensch darf aufgrund einer Behinderung benachteiligt werden. Wir werden digitale Beteiligungsmöglichkeiten fest in unsere politische Arbeit einbauen.

Zentrale Programmtexte (z.B. Zusammenfassung von Wahlprogrammen) sollen in für migrantische Communities in München wichtige Sprachen und in leichte Sprache **übersetzt** werden.

Außerdem wollen wir insbesondere auf Sichtbarkeit und Empowerment setzen. Das bestehende **Bildungsprogramm** und das intensiviert bzw. die Neuauflage des **Pat*innenprogramms** sollen gestärkt und gezielt zur Ausbildung und zum **Empowerment** von Menschen mit Behinderung, Migrationshintergrund und weiteren Diskriminierungserfahrungen genutzt werden. Auch auf verwendeten Fotos, bei Social Media, in Gremien, Präsidien, bei der Einladung von externen Inputgeber*innen und Speaker*innen soll auf die Abbildung von Vielfalt geachtet werden.

Schlusswort

Wir freuen uns, diese Vorschläge mit euch weiter zu diskutieren. Lasst uns gemeinsam die besten Lösungen für unseren Kreisverband und unsere gemeinsamen politischen Projekte suchen und finden.

Euer Vorstand mit Strukturkommission